

## Grüne scheitern mit Verbot von Großställen

02.12.2010



CDU/CSU und FDP haben am Mittwoch im Bau- und Landwirtschaftsausschuss des Bundestages gegen eine Verschärfung des Baugesetzbuches (BauGB) gestimmt. SPD und Linke enthielten sich. Damit ist der Vorstoß der Grünen zum Verbot von großen Mastställen – die Grünen sprechen von Massentierhaltung – im Außenbereich gescheitert.

Dementsprechend wertete Grünen-Sprecher Friedrich Ostendorff die Abstimmung als „Schlag ins Gesicht der Bürger, sie sich in Initiativen unter dem Motto Bauernhöfe statt Agrarfabriken gegen die Expansion solcher Tierhaltungsanlagen im ländlichen Raum engagieren.“ Die Fraktion plant nun, Anfang 2011 eine namentliche Abstimmung zu beantragen, um zu sehen, welcher Abgeordnete sich in Verantwortung für seine Region wie entscheidet.

### SPD sieht Handlungsbedarf, FDP nicht

Trotz Enthaltung sieht aber auch die SPD-Fraktion Handlungsbedarf beim Thema Tiermastanlagen im Außenbereich. Die Sprecher Wilhelm Priesmeier und Heinz Paula forderten die Regierung auf, schnell einen Entwurf vorzulegen, um das Baugesetzbuch zu ändern. Nur so könne der „bedenklichen Entwicklung in einigen Teilen Deutschlands Einhalt geboten werden“. Aus Sicht der Sozialdemokraten soll die Koalition außerdem noch das Bundesimmissionsschutzgesetz, die Umweltverträglichkeitsprüfung, die Düngeverordnung sowie den Brand- und Bodenschutz unter die Lupe nehmen. „Wir erwarten, dass den Ausführungen von Niedersachsens Staatssekretär Friedrich-Otto Ripke Taten folgen: Die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung muss im Sinne des Tierschutzes dringend überarbeitet werden“, so die beiden Politiker.



Erfreut zeigten sie sich aber, dass auch CDU/CSU und FDP diese Haltung am Mittwoch in ihrer Ausschusssitzung bestätigt und dem SPD-Vorschlag einer gemeinsamen Initiative zugestimmt hätten. Dem widerspricht die Agrarsprecherin der FDP-Fraktion, Christel Happach-Kasan, jedoch deutlich. Gegenüber top agrar-Online erklärte sie, es sei lediglich geplant, im kommenden Jahr über Änderungen an den Punkten "Klimaschutz in Städten", "Lückenbebauung" und ähnlichem zu sprechen. Der Paragraph 35 habe sich dagegen bewährt und sollte nicht angerührt werden. Aus FDP-Sicht bestehe keine Änderungsveranlassung, man sei jedoch bereit, Anregungen aufzunehmen, wie etwa bei den Baugenehmigungen für Biogasanlagen, so die FDP-Sprecherin.

---

**Download Vorschlag zur Gesetzesänderung:**  [Gesetzentwurf Grüne \(76,85 kB\)](#)

---

#### Hintergründe:

[Staatssekretär spricht von Tierschutzmängeln in der Geflügelhaltung](#) (24.11.2010)

[Petitionsausschuss empfiehlt schärferes Baurecht](#) (2.12.2010)